



Bericht des Beauftragten bei Landtag und Landesregierung

Bericht in der Sitzung der 15. Landessynode am **22. März 2019**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Landesbischof, hohe Synode!

Ich danke für die Möglichkeit, Ihnen zum zweiten Mal einen kurzen Bericht aus meinem Tätigkeitsbereich geben zu können. Habe ich im November 2015 in meinem ersten Bericht vornehmlich die allgemeinen Aufgaben des Beauftragten und des Evangelischen Büros, sowie die kirchenrechtliche Architektur zwischen Kirche und Politik geschildert, möchte ich Ihnen heute meine Beobachtungen zu folgenden drei Themenfeldern zur Verfügung stellen:

1. Kontinuität im Miteinander von Kirche und Politik in Baden-Württemberg
2. Veränderungen im politischen Spektrum
3. Mögliche politische Entwicklungen und die Rolle von Kirche

Danach freue ich mich auf Ihre Rückmeldungen und den Austausch mit Ihnen, werte Synodale!

1. Kontinuität im Miteinander von Kirche und Politik in Baden-Württemberg

Auch in der zweiten Legislaturperiode unter dem grünen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann herrscht zwischen den Kirchen und dem Staatsministerium ein vertrauensvolles Verhältnis. Der Ministerpräsident und die Bischöfe pflegen neben ihrem jährlichen Regelgespräch bilaterale Kontakte und tauschen sich aus. Der Finanzausgleich ist verlässlich geregelt. In den Bereichen Bildung und Diakonie gibt es intensive Arbeitskontakte auf allen Ebenen. Die Landesbischöfe verabreden sich u. a. im Evangelischen Büro zu Hintergrundgesprächen mit Ministerinnen und Ministern, Fraktionsvorsitzenden und einzelnen Abgeordneten. Die Kollegien treffen sich zu Regelgesprächen mit den Landtagsfraktionen und Bundestagsabgeordneten. Unsere wiederkehrenden einladenden Veranstaltungsformate, wie der Jahresempfang oder die Sommerliche Begegnung werden seitens der Landespolitik wertschätzend wahrgenommen und besucht. Regierungsmitglieder und die Spitzen des Landtags lassen sich immer wieder für Grußworte bei kirchlichen Veranstaltungen anfragen, wirken zum Teil bei Gottesdiensten mit und besuchen u. a. auch die Synoden der Landeskirchen. Und mit den Synodalen und Abgeordneten Hinderer und Lösch hat die württembergische Landessynode das große Glück, einen direkten Zugang zu verantwortlichen Akteuren der Landespolitik zu haben.

Dieses liste ich nur beispielhaft für viele weitere existierende Kontaktfelder, z. B. im Bereich der Diakonie auf, weil diese Breite von Kontakt und Austausch und das gute Miteinander zwischen Landeskirchen und Landespolitik aus meiner Sicht „*gerade auch im Vergleich mit anderen Bundesländern*“ überhaupt nicht selbstverständlich ist, sondern stetiger Aufmerksamkeit und Pflege bedarf. Und weil ich weiß, dass manche von Ihnen im dienstlichen oder auch ganz persönlichen Bereich diese Art der Kontaktpflege vorbildhaft verwirklichen, möchte ich mich herzlich bei Ihnen für Ihr Engagement in dieser Sache bedanken, von dem ich in meiner Arbeit sehr profitiere.

2. Veränderungen im politischen Spektrum

Eine wichtige Veränderung auf der Ebene der Landespolitik in den zurückliegende 3 Jahren betrifft den Parlamentarismus unseres Bundeslandes, denn bei der zurückliegenden Landtagswahl in Baden-Württemberg am 13. März 2016 gewann die Partei „Alternative für Deutschland“ aus dem Stand 15,1 % und zog daraufhin mit 21 Abgeordneten in den Landtag ein.

Doch nicht nur in Baden-Württemberg wurde an diesem Tag gewählt, sondern auch in Rheinland-Pfalz und in Sachsen-Anhalt, wo die AfD mit 12,1 bzw. 24,2 Prozenten aus dem Stand in die jeweiligen Landtage einzog. Inzwischen ist die AfD in allen Landtagen Deutschlands vertreten.

Die Analysten waren sich damals schnell einig, dass dieser große Wahlerfolg der AfD vor allem auf die damalige Flüchtlingspolitik der Kanzlerin, bzw. der großen Koalition zurückzuführen sei und dass mehr als die Hälfte der damaligen AfD – Wählerinnen und Wähler sog. Protestwähler seien, die mit ihrem Kreuz bei der AfD ein Zeichen gegen die etablierte Politik setzen wollten. Es sei mitnichten so, dass plötzlich ein Fünftel der baden-württembergischen Bevölkerung rechtskonservative oder sogar rechtsnationale Gedanken pflegen würden, so die damalige einhellige Meinung.

Dennoch war die Stimmung am Wahlsonntag bei allen anderen Parteien gedrückt. Eine derart starke AfD hatte sich niemand wirklich vorstellen können, weder Politiker/innen noch Journalist/innen, so war jedenfalls mein Eindruck bei der zentralen Wahlveranstaltung im Stuttgarter Schloss an diesem besagten Wahlsonntag. Ein Absacken der CDU um 12 Prozentpunkte und eine Abwanderung von fast 200 000 Wählerinnen und Wählern an die AfD, unglaublich aus Sicht der CDU! Unglaublich auch das Absacken der SPD auf insgesamt nur 12. Prozentpunkte und die bittere Gewissheit, dass sie 90 000 Wählerinnen und Wähler an die AfD verloren hatte, ja sogar ein Direktmandat in einem bisher sicheren SPD Wahlkreis im Herzen Mannheims.

Im Parlament ist die AfD seither die drittgrößte politische Kraft in Baden-Württemberg und damit auch stärkste Oppositionsfraktion. *Ihr steht deshalb neben den üblichen Privilegien, wie Dienstwagen und Diensträumen, u. a. auch einen Stellvertreterposten als Landtagspräsident/in zu, doch dies haben die etablierten Fraktionen gemeinsam gewissermaßen als ersten politischen Akt in dieser Legislaturperiode verhindert, in dem man die Anzahl der Stellvertreterposten von 2 auf 1 verringert hat.*

Die Atmosphäre im parlamentarischen Betrieb hat sich mit dem Einzug der AfD in den Landtag deutlich ins Negative verändert. Bis heute ist zu beobachten, dass sich Abgeordnete der anderen im Landtag vertretenen Fraktionen schwer mit einem, den parlamentarischen Gepflogenheiten geschuldeten normalen Umgang mit ihren Kollegen/innen der AfD tun.

Normalerweise kann man außerhalb der Öffentlichkeit immer beobachten, dass am Rande der Plenardebatten Gespräche zwischen Abgeordneten aller Fraktionen geführt werden; So aber nicht mit der AfD.

Und nicht selten kommt es in den Debatten zu einer 4 gegen 1 Situation. Dieses liegt u. a. darin begründet, dass das Verhältnis der AfD zum rechts-nationalen Gedankengut unklar ist, und auch meines Erachtens bewusst seitens der AfD unklar gehalten wird, um für rechte Wählerinnen und Wähler weiterhin interessant zu bleiben. Ihr Stil des politischen Auftretens und der Auseinandersetzung ist geprägt von populistischen Techniken. Zu beobachten sind u. a. Provokationen und Verunglimpfung des Parlaments, eine Radikalisierung der Sprache bis hin zu gezielten Tabubrüchen.

Z. B. werden die anderen Parteien, als Alt-, Kartell- oder Konsensparteien von der AfD bezeichnet. Sie selbst sieht sich als einzige wirkliche Oppositionspartei im Parlament.

Ihre Oppositionsarbeit zielt dabei allerdings nicht auf Kompromissuche ab, sondern eher auf das Gegenteil, nämlich darauf, das Handeln der herrschenden Politik insgesamt in der Öffentlichkeit zu diffamieren.

Die AfD Landtagsfraktion war und ist bis heute tief in ihren Ansichten und öffentlichen Auftreten gespalten. Der zurückliegende Parteitag in Heidenheim am 23. Februar hat zwar formell die gemäßigten AfD Abgeordneten gestärkt, aber eine Befriedung der Fraktion durch diesen Parteitagbeschluss darf dennoch als unwahrscheinlich gelten.

Die Kollegien beider Landeskirchen haben seit dem Einzug der AfD in den baden-württembergischen Landtag ihren protokollarischen Umgang mit den einzelnen AfD Abgeordneten auf der einen Seite und der gesamten Fraktion auf der anderen Seite immer wieder diskutiert und inzwischen festgelegt, dass bei hohen landeskirchlichen Veranstaltungen, die keinen gottesdienstlichen Charakter haben, einzelne AfD Abgeordnete aufgrund ihres Auftretens und ihrer politischen Haltung nicht eingeladen werden. Zur AfD Fraktion werden deshalb auch keine formellen Kontakte unterhalten. Der Beauftragte steht allerdings, wenn gewünscht, im Rahmen seiner seelsorgerlichen Tätigkeit selbstredend allen Abgeordneten der AfD als Gesprächspartner zur Verfügung. Ebenso ergeht eine Einladung an alle AfD Abgeordnete zu unseren Gottesdiensten und Landtagsandachten.

Der offiziell im Herbst 2018 von den Kollegien der Landeskirchen verabschiedete Text lautet: „Die aktuelle Entwicklung der AfD hin zu einer Sammelbewegung auch für Menschen, die unser freiheitlich-demokratisches System und seine Institutionen verächtlich machen, teils bekämpfen, rassistischem Gedankengut eine Stimme geben und gesellschaftliche Spaltung betreiben, fordert auch uns Kirchen in Baden-Württemberg heraus. In der Evangelischen Landeskirche in Württemberg nehmen wir die Sorgen und Ängste der Menschen ernst. Deshalb wollen wir auch mit denen ins Gespräch kommen, die die AfD wählen (wollen). Wir laden Funktionäre der Partei – wie die aller anderen derzeit im Landtag vertretenen Parteien auch – zu kirchlichen Veranstaltungen ein. Wir bieten Ihnen jedoch keine Bühne. Wir laden Sie deshalb nicht zu Podiumsdiskussionen und vergleichbaren Formaten ein. Unabhängig davon steht das kirchliche Seelsorgeangebot jeder und jedem zur Verfügung. Grundsätzlich ist das Kriterium für das Verhältnis zur gesamten AfD und ihren Funktionären die Achtung der unantastbaren Würde des Menschen in Wort und Tat. Davon machen wir Gesprächsangebote und Einladungen abhängig. Als Christen wenden wir uns entschieden gegen jede Verbreitung von rassistischem und antisemitischem Gedankengut sowie die Herabsetzung von Menschen anderen oder keines Glaubens. Wir treten für einen friedlichen, konstruktiven gesellschaftlichen Umgang miteinander und mit gesellschaftlichen Konflikten ein und lehnen daher Gewalt als Mittel der Auseinandersetzung oder gar Politik kategorisch ab.“

3. Mögliche politische Entwicklungen und die Rolle von Kirche

Wir alle können indes beobachten, dass das Erstarken der AfD einher geht mit einem allgemeinen Erstarken von gesellschaftlichen Egoismen und Nationalismen. Wir beobachten die Radikalisierung von Sprache, das Anzweifeln von gesellschaftlichen Institutionen und die Suche vieler Menschen nach Halt und Identität. Ich kenne keine gesellschaftliche Institution, die sich in den zurückliegenden Monaten und Jahren vor dem Hintergrund dieser besorgniserregenden Entwicklung nicht mit Fragen nach gesellschaftlichem Zusammenhalt beschäftigt hätte. Wenn Forscher des Wissenschaftszentrums Berlin (WZB) und der Bertelsmann Stiftung überdies heute, drei Jahre nach den Landtagswahlen von 2016, in ihrer aktuellen Studie konstatieren, dass sich die politische Einstellung der Wählerinnen und Wähler generell verändert habe (30,4 % der Deutschen sind populistisch eingestellt), stellt sich die Frage nach den Gründen für diese Entwicklung.

Der Studie zufolge, machen jedenfalls längst nicht nur sog. „Wutbürger“ oder Protestwähler ihr Kreuz bei der AfD, sondern inzwischen sympathisiert fast ein Drittel der Bevölkerung mit der sich selbst als populistische Partei bezeichneten AfD und mit anderen politischen Randkräften. Als besonders problematisch erweise sich aktuell, so die Studie – die Zunahme populistischer Einstellungen für die CDU/CSU und für die FDP: Beide Parteien riskierten durch mehr Populismus ihren unpopulistischen Markenkern und hätten in ihrer unpopulistischen Mitte mehr zu verlieren, als bei populistischen Wählern zu gewinnen.

Das Fazit der Forscher lautet deshalb, dass die bisherigen Bemühungen der etablierten Parteien den Rechtspopulismus der AfD einzudämmen, vorerst gescheitert seien. Falsch sei es, so die Forscher, Populismus mit Populismus zu bekämpfen. Das berge die Gefahr, das Problem zu vergrößern, anstatt zu lösen. Die demokratischen Parteien müssten deshalb ihr Augenmerk auf die Bekämpfung der Ursachen legen:

- *Mehr soziale Gerechtigkeit und Überwindung der kulturellen und sozialen Spaltungen!*
- *Verringerung der Distanz zwischen etablierter Politik und den Bürgerinnen und Bürgern.*

In ihren Ansprachen zum Tag der Deutschen Einheit 2018 nahmen sowohl Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, als auch Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble hierauf Bezug, indem sie zu mehr Selbstvertrauen, Gelassenheit und Zuversicht aufriefen und um Vertrauen die staatlichen Institutionen warben. Das klingt verständlich, zeugt aber auch von einer großen Ratlosigkeit. Manche/r Vertreter/in der Landespolitik bat mich vor dem Hintergrund der Gewaltexzesse in Chemnitz, die Kirchenleitungen zu mehr politischem Engagement zu bewegen, schließlich seien die Kirchen in der heutigen Zeit entscheidende gesellschaftliche Kräfte, diejenigen Menschen zurückzugewinnen, die das etablierte politische System verloren zu haben scheint.

Was also ist die Rolle von Kirche in Zeiten von Populismus?

Kommt den Kirchen in diesen Zeiten eine starke Vermittlerrolle zu, wie der Religionssoziologe Gert Pickel auf einer Tagung der Schader Stiftung im September 2018 proklamierte, weil die Populisten immer wieder die Themen „Migration“ und vor allem „Muslime“ aufgriffen. Hier hätten die Kirchen, nach Pickel, einen starken Bildungs- und Diskussionsauftrag, andere Positionen sichtbar zu machen und Wissen etwa über Muslime und den Islam weiterzugeben.

Oder kommt den Kirchen in diesen Tagen eine, im besten Sinne des Wortes, staatstragende Rolle zu? Kardinal Reinhard Marx und Bischof Dröge riefen in ihren Predigten am Tag der Deutschen Einheit im vergangenen Jahr die Christen zum Schutz der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und des Rechtsstaats auf.

Vor diesem Hintergrund stellt sich meines Erachtens auch die Frage, wie wir als Kirchen gegen demokratie-feindliches Verhalten vorgehen, oder auch nicht. Wie beurteilen wir beispielsweise das Vorhaben der Einrichtung einer Melde-App für Schülerinnen und Schüler bezüglich politischer Äußerungen der Lehrer/innen durch die AfD Baden-Württemberg?

Den Kirchen *und zum Teil auch anderen Religionsgemeinschaften* werden jedenfalls seitens der Politik große Möglichkeiten zugeschrieben, wichtige integrative Impulse für den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu setzen. Noch mehr, als der Sport halten wir z. B. ein flächendeckendes Netzwerk von Kirchengemeinden mit professionellen und ehrenamtlichen Kräften vor, die uns ermöglicht aufsuchend und einladend zu wirken, Identität zu stiften und Beheimatung zu bieten. Seelsorge und Besuchsdienstarbeit, Gottesdienst und Kasualien halte ich in diesem Zusammenhang für unsere wichtigsten Tätigkeitsfelder gegen Vereinsamung, Angst und Neid.

Heute befinden wir uns fast auf den Tag genau zwei Jahre vor der nächsten Landtagswahl in Baden-Württemberg. Im Hinblick darauf und im Hinblick auf die anstehenden Neukonstituierung der württembergischen Synode möchte ich Ihnen, sehr geehrte Synodale zurufen, dass viele Menschen in unserem Land weiterhin Ihren Urteilen und Äußerungen zu wichtigen gesellschaftspolitischen Veränderungen und Ereignissen vertrauen, ja sogar dieselben für den gesellschaftspolitischen Diskurs erbitten. Persönlich befürchte ich, dass in der kommenden Legislaturperiode diejenigen politischen Kräfte weiter erstarken, die gesellschaftsspaltend und ausgrenzend agieren, weshalb wir unser Engagement weiter verstärken sollten, gesellschaftspolitisch für den Zusammenhalt der Menschen einzutreten und entsprechend zu agieren. Dabei wissen wir uns eingebettet in die weltweite Christenheit und ermutigt durch das Motto der kommenden Weltversammlung des Ökumenischen Rats der Kirchen 2021 in Karlsruhe: "Die Liebe Christi bewegt die Welt zu Versöhnung und Einheit"

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Kirchenrat Volker Steinbrecher